

**Antrag auf Erteilung einer Genehmigung für das Betreiben von Krankentransport nach § 19 Absatz 2 Hamburgisches Rettungsdienstgesetz (HmbRDG)**

**1. Angaben zum Unternehmen**

Bezeichnung des Unternehmens als Antragsteller/in	
Betriebssitz ( <i>innerhalb des Gebiets der Freien und Hansestadt Hamburg als eine Voraussetzung für die Erteilung der Genehmigung</i> )	
Telefon	
Telefax	
E-Mail-Adresse	

**2. Angaben zu den gemäß § 21 Absatz 1 Nr. 3 HmbRDG für die Führung der Geschäfte bestellte(n) Person(en) nach § 12 Absatz 1 Nr. 1a PBefG**

Vor- und Zuname	
Geburtstag/ -ort	

Vor- und Zuname	
Geburtstag/ -ort	

Vor- und Zuname	
Geburtstag/ -ort	

**3. Angaben zu den Gesellschafter:innen des Unternehmens**

Vor- und Zuname	
Geburtstag/ -ort	

Vor- und Zuname	
Geburtstag/ -ort	

Vor- und Zuname	
Geburtstag/ -ort	

**4. Ist das Unternehmen bereits Inhaberin / Inhaber einer Genehmigung für das Betreiben von Notfallrettung, Krankentransport oder einer anderen Verkehrsart nach § 12 Absatz 1 Nr. 1b PBefG, ggf. in einem anderen Bundesland?**

ja  nein

Falls ja, welche \_\_\_\_\_

**5. Anzahl und Standort der Fahrzeuge, die eingesetzt werden sollen (§ 12 Absatz 1 Nr. 4b PBefG und § 23 Absatz 1 Satz 2 HmbRDG)**

\_\_\_\_\_ Krankentransportwagen (KTW)

Standorte (wenn abweichend vom Betriebssitz)


**6. Gültigkeitsdauer der beantragten Genehmigung (§ 22 Absatz 2 HmbRDG)**

Höchstdauer von 4 Jahren

von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_

**7. Angaben über beabsichtigte Betriebszeiten (zugleich betriebspflichtige Zeiten)**

am Montag von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Uhr

am Dienstag von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Uhr

am Mittwoch von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Uhr

am Donnerstag von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Uhr

am Freitag von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Uhr

am Sonnabend von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Uhr

am Sonntag von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Uhr

feiertags von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Uhr

werkfeiertags von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Uhr

## 8. Erforderliche Anlagen zum Antrag (Bitte nur Originale oder beglaubigte Kopien einreichen)

8.1 Nachweise über die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Betriebes nach § 2 Berufszugangsverordnung für den Straßenpersonenverkehr (PBZugV) in Verbindung mit § 21 Absatz 1 Nr. 1 und Absatz 2 Satz 1 HmbRDG

- Unbedenklichkeitsbescheinigungen nach § 2 Absatz 2 Nr. 1 PBZugV  
(Die Stichtage dieser Bescheinigungen dürfen zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als drei Monate zurückliegen.)
  - Finanzamt
  - Träger der Sozialversicherung
  - Berufsgenossenschaft
- Eigenkapitalbescheinigung nach § 2 Absatz 2 Nr. 2 PBZugV (Satz Anlage)  
(Der Stichtag der Eigenkapitalbescheinigung darf zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als ein Jahr zurückliegen.)
- Nachweis über den Abschluss einer aktuellen Betriebshaftpflichtversicherung auf der Grundlage von § 12 Absatz 2 und 3 PBefG

8.2 Nachweise über die Zuverlässigkeit des Unternehmens als Antragsteller/in /, der die Geschäfte führenden Personen nach § 1 PBZugV in Verbindung mit § 21 Absatz 1 Nr. 2 und Absatz 2 Satz 1 HmbRDG sowie der Gesellschafterinnen und der Gesellschafter einer juristischen Person, sofern es sich nicht um Kommanditistinnen/Kommanditisten handelt

- Polizeiliches Führungszeugnis (nicht älter als drei Monate) gemäß § 12 Absatz 2 und 3 PBefG in Verbindung mit § 1 Absatz 2 Nr. 1 PBZugV. **Es muss ein Führungszeugnis nach § 30 Absatz 5 BZRG sein, das direkt an die Behörde für Inneres und Sport, Feuerwehr geschickt wird.**
  - für die „zur Führung der Geschäfte bestellten Person/en“ sowie (ggf.)
  - für die Gesellschafter:innen
- Bestätigung in Form einer Eigenerklärung, dass kein gerichtliches bzw. staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren anhängig ist (gemäß § 12 Absatz 2 und 3 PBefG in Verbindung mit § 1 Absatz 2 Nr. 1 PBZugV)
  - für die „zur Führung der Geschäfte bestellten Person/en“ sowie (gegebenenfalls)
  - für die Gesellschafter:innen
- Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (nicht älter als drei Monate) nach § 150 Absatz 5 Gewerbeordnung (GewO) gemäß § 12 Absatz 2 und 3 PBefG in Verbindung mit § 1 Absatz 2 Nr. 1 PBZugV für alle o.g. Personen, d.h. auch für das Unternehmen als Antragsteller/in

8.3 Nachweis der fachlichen Eignung nach § 3 PBZugV in Verbindung mit § 21 Absatz 1 Nr. 3 und Absatz 2 Satz 1 HmbRDG

**9. Bei Unternehmen, die in das Handels-, Genossenschafts- oder Vereinsregister eingetragen sind bzw. werden**

- Gesellschaftsvertrag, bei Personengesellschaften, bei Vereinen die beglaubigte Abschrift der Satzung

**10. Ist das Unternehmen einem Wohlfahrtsverband nach § 2 Absatz 1 Gebührenfreiheitsverordnung angeschlossen?**

- ja  
 nein

falls ja, welchem ? \_\_\_\_\_  
(Bitte entsprechende Bescheinigungen beifügen.)

**11. Ich versichere, dass ich die Angaben in diesem Antrag und in den beigefügten Anlagen nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe. Mir ist bekannt, dass unrichtige Angaben nach § 24 HmbRDG zur Rücknahme einer erteilten Genehmigung führen können.**

Hinweis: Die Bearbeitung des Antrages beginnt erst bei Vorliegen des vollständigen Antrags. Die Anlagen nach Ziffer 8 sind Bestandteil des Antrags

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der geschäftsführenden Person

Die Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben des Artikels 13 der Datenschutz-Grundverordnung habe ich erhalten:

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der geschäftsführenden Person